

Stellungnahme

Eingebracht von: Thürriedl, Andreas

Eingebracht am: 28.08.2020

Die bei weitem überschießenden und nicht evidenzbasierten Maßnahmen sind gesamtheitlich abzulehnen. Die Maßnahmen und vor allem die völlig unbestimmten Voraussetzungen für die Verhängung der geplanten Maßnahmen sind demokratiepolitisch mehr als Bedenklich. Damit fehlen für die Exekutive jede Kontrollinstanz und das System der Parteiendiktatur wird verfestigt. Durch die Abhängigkeit der Parlamentsabgeordneten von Ihren jeweiligen Parteien hat die Legislative ihre Kontrollaufgabe über die Regierung ohnehin schon lange aufgegeben. Jeder weitere Schritt in diese Richtung ist strikt abzulehnen!